

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. Oktober 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 1056 Postulat Fässler Peter und Mit. über die Sicherung von vorhandenen, stark frequentierten Badeplätzen am Vierwaldstättersee / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Mario Bucher und David Affentranger beantragen Ablehnung.
Peter Fässler ist mit der teilweisen Erheblicherklärung einverstanden.

Peter Fässler: Eintauchen in das mehr oder weniger kühlende Wasser des Vierwaldstättersees war in den letzten Sommern und speziell in diesem Jahr noch lange bis in den Herbst hinein möglich und der Wunsch vieler Menschen, so auch bis vor zwei Wochen der meine. Die Badeanstalten rund um den Vierwaldstättersee sind respektive waren an schönen Tagen so stark besucht wie die Strände in Rimini. Wen wundert es da, dass immer mehr Menschen den Zugang zum Wasser ausserhalb der Badeanstalten suchen, weil sie mehr Ruhe wollen, den Eintritt für einen kurzen «Schwumm» sparen oder ausserhalb der Öffnungszeiten der Badeanstalten schwimmen möchten. Einige dieser Erholungsplätze wie beim Richard-Wagner-Museum, bei der Lidowiese oder beim Meggenhorn werden von immer mehr Menschen entdeckt und geschätzt. Doch auch immer mehr Menschen entdecken den Reiz, die schönen Tage auf einem Freizeitschiff zu verbringen. Das führt immer wieder zu gefährlichen Begegnungen zwischen Schiffen und schwimmenden Personen. Mit meinem Postulat verlange ich von der Regierung, dass sie zusammen mit den Standortgemeinden Massnahmen prüft, wie diese Badeplätze für die im See schwimmenden Personen sicherer gemacht werden können. Klar, es gibt die Verkehrsregelungen des Bundes über die Schifffahrt. Alle Bootsführenden müssten diese eigentlich kennen. Ob das auch den Touristen mit ihren Mietbooten immer klar ist oder jenen, die in den See steigen, um zu schwimmen, bezweifle ich. Nun ist es mit den Verkehrsregeln auf dem See gleich wie auf den Strassen: Wenn sich, wie die Regierung schreibt, alle an die Regeln hielten und aufeinander Rücksicht nähmen, würde es weder auf dem See noch auf den Strassen so viele Vorschriften brauchen. Es ist keineswegs das Ziel, weder das Baden im See noch den Schiffsverkehr stärker einzuschränken. Mir geht es nur um die Sicherheit der Erholungssuchenden im und auf dem Wasser. Daher freut es mich sehr, dass die Regierung bereit ist, die Gemeinden anzuschreiben und sie für dieses Thema zu sensibilisieren. Die Regierung zeigt in ihrer Stellungnahme auf, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, um geeignete Verkehrseinschränkungen auf der Wasserfläche zu prüfen und gegebenenfalls auch anzuordnen. Das ist es doch, was ich fordere. In diesem Sinn bin ich mit der teilweisen Erheblicherklärung einverstanden. Die Ablehnungsanträge nur wegen eines Schreibens an die Gemeinden verstehe ich nicht.

Mario Bucher: Wie wäre es denn, wenn wir den Klimawandel nicht immer wieder als Angstmacherpropaganda zur Entmündigung der Bevölkerung missbrauchen würde? Wir in der Schweiz waren stets stolz auf unsere wichtigste Ressource, die Bildung. Wir halten uns ja auch immer für so gebildet. Wenn wir nun aber am Punkt angelangt sind, wo wir erwachsenen Bürgern erklären müssen, dass man beispielsweise bei Bootsanlegeplätzen nicht zwingend ins Wasser sollte, weil eine Schiffsschraube im Weg sein könnte, haben wir ein anderes Problem, als den Klimawandel. Wenn man immer alles derart sicher machen muss, haben wir in der Gesellschaft wirklich ein Problem. Wenn die Eigenverantwortung immer an den Staat übertragen werden kann, haben wir ein grösseres Problem als das Anliegen des Postulats. Zudem löst das Postulat bei den Gemeinden, dem Kanton und der Schifffahrt einen grossen Aufwand aus, der in keinem Verhältnis steht. Es wäre förderlicher, die Eigenverantwortung zu stärken. Bei solchen Vorstössen erwähne ich immer wieder gerne, dass viele Probleme, auch jenes mit den zu vielen Menschen am gleichen Ort, nichts mit dem Klimawandel zu tun haben, sondern mit der Zuwanderung. Das ist keine billige Polemik. Die Landfläche wächst bekanntlich nicht. Die logischen Folgen einer grossen Zuwanderung sind genau solche Probleme wie vom Postulanten beschrieben: zu viele Menschen auf zu wenig Fläche. Die Sicherheit an den Gewässern wäre höher, wenn Eigenverantwortung statt staatlich verordnete Badeplätze gefordert würde. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

David Affentranger: Der Postulant hat sein Anliegen sehr gut ausgeführt, und ich verstehe es. Trotzdem beantragt die Mitte-Fraktion die Ablehnung, aber aus einem anderen Grund als mein Vorredner. Heute sind diese Badeplätze in der Verantwortung der jeweiligen Gemeinden. Sie kennen die örtlichen Gegebenheiten am besten und haben heute schon die Möglichkeit, allein oder zusammen mit dem Kanton separate Regelungen, Abschränkungen oder Verbote zu erlassen. In meiner Heimatgemeinde Hitzkirch gibt es mehr als eine Badeanstalt und mehr als einen See. Ich kann Ihnen versichern, der Wunsch nach Badeplätzen ist auch bei uns gross. Ich weiss auch, dass viele gerne baden gehen, ob sie nun dürfen oder nicht. In der Nähe von Bootsstegen ist es rechtlich nicht möglich, zusätzlich einen offiziellen Badeplatz einzurichten. Das Baden an diesen Plätzen wird oftmals einfach geduldet. Ein grösseres Aufkommen von Badenden ist nicht nur immer zur Freude von allen. Einige sind der Meinung, dass dadurch zu viel Abfall liegen bleibt oder es zu viel Lärm oder einem grösseren Verkehrsaufkommen kommt. Wenn bei einem See Pro Natura und die Umweltverbände stark mitreden können, gibt es noch andere Gründe, weshalb das Baden verboten ist. Die Sicherheit der Badenden in Ehren, aber die Standortgemeinden sollen selbst dafür zuständig sein, so wie es bis anhin der Fall war. Deshalb braucht es auch kein Schreiben des Kantons an die Gemeinden. Aus diesen Gründen lehnt die Mitte-Fraktion das Postulat ab.

Ursula Berset: Die Regierung führt in ihrer Stellungnahme aus, dass es für das Baden im ufernahen Bereich ein sehr gutes Regelwerk gibt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es überhaupt noch einen Uferfleck gibt, bei dem noch nicht über die Nutzung diskutiert wurde. Deshalb gehe ich auch davon aus, dass an allen öffentlich zugänglichen Stellen am See das Baden rechtlich erlaubt ist, und bereits heute sind gelbe Bojen zu sehen. Falls es noch Stellen gibt, an denen das nicht der Fall ist, liegt der Ball klar bei den Gemeinden. Wir unterstützen deshalb das Angebot der Regierung, dass die Gemeinden darauf aufmerksam gemacht werden und sie die Sperrung von Wasserflächen für die Schifffahrt prüfen lassen können, wenn ihnen das auf ihrem Gemeindegebiet notwendig erscheint. Die GLP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu. Wir stimmen aber keinesfalls der Ablehnung zu, um irgendwelche polemischen Diskussionen starten zu können. Die Stellungnahme der Regierung macht klar, dass es am Vierwaldstättersee doch einige Badestellen gibt, die viel zu nah an einer Bootsanlegestelle sind. Trotzdem können diese Badeplätze genutzt werden, und

sie sind sehr geschätzt. Ich finde es toll, dass das möglich ist und die Badenden eben sehr wohl Eigenverantwortung zeigen und auch die Schifffahrt Kulanz zeigt und ihrerseits keine Badesperrzonen verlangt.

Philipp Bucher: «Es lächelt der See, er ladet zum Bade» – so lautet die erste Zeile im Lied des Fischerknaben in Schillers Wilhelm Tell. Schiller will uns aber nicht das Baden im See schmackhaft machen, sondern es ist die Szene vor dem aufkommenden Sturm, in welcher Tell mit dem Unterwaldner Baumgarten auf den See hinausfährt. Mario Bucher hat nicht gerade einen Sturm ausgelöst, aber ich denke, dass es etwas Klarheit braucht. Zweifellos ist eine Abkühlung im See nach einem heissen Tag sehr angenehm. Dass die Seen vermehrt durch verschiedenste Nutzer bevölkert werden, führt tatsächlich dazu, dass auch die Wasserflächen zu Verkehrsflächen werden. In diesem Zusammenhang könnte man, wenn man die Badenden ansprechen will, auch von Langsamverkehr sprechen. Daraus liesse sich schliessen, dass diese Nutzergruppe wie auf den Strassen mit besonderen Massnahmen zu schützen ist. Der Postulant spricht mit seinem Vorstoss eine Situation an, welche durchaus das Potenzial hat auszufernen. Es ist eine Tatsache, dass überall dort, wo Flächen der Fortbewegung dienen, Verhaltensregeln aufgestellt werden müssen. Das ist auf dem See nicht anders. In der Stellungnahme des Regierungsrates wird ausführlich aufgezeigt, was heute schon geregelt ist und welche Geschwindigkeiten in welchen Zonen gelten. Unter anderem ist in der Verordnung über die Binnenschifffahrt (BSV) festgehalten, dass sich alle Schiffsführerinnen und Schiffsführer zu vergewissern haben, ob das Gewässer gefahrlos befahren werden kann. Sie müssen die Fahrt den örtlichen Verhältnissen anpassen und insbesondere die Gefährdung und Belästigung von Menschen vermeiden. Zudem müssen alle, welche ein Schiff mit einer Antriebsleistung über 6 Kilowatt oder einer Segelfläche von mehr als 15 m² lenken, mit einer Prüfung nachweisen, dass sie die entsprechenden Regeln kennen und richtig anwenden können. Das gilt zum Beispiel für Wind- und Kitesurfer nicht und auch nicht für die populären Stand-Up-Paddler. Für die Sicherheit beim Baden respektive Schwimmen sind jedoch zweifellos auch die Badenden selbst verantwortlich. Das hat Mario Bucher angesprochen. Nebst dem gesunden Menschenverstand ist Eigenverantwortung gefragt. Das ist insofern wichtig, dass in der BSV festgehalten ist, dass bei Landestellen von Kursschiffen oder bei Hafeneinfahrten das Schwimmen von Bundesrechts wegen verboten ist – nur scheint das niemand zu wissen. Das zeigt auch die Stellungnahme der Regierung, ich zitiere: «Diese Seenutzerinnen und -nutzer setzen sich durch ihr eigenes Verhalten einer erhöhten Gefahr aus, woran auch eine Signalisation von Sperrflächen im Uferbereich nichts ändern würde.» Es fehlt also an der Aufklärung. Im Sinn von weniger Gesetzen und Verboten und folglich auch Sperrungen begrüsst die FDP-Fraktion die Bereitschaft der Regierung, die Gemeinden, welche letztlich entsprechend der gängigen Praxis Anordnungen für Sperrungen beantragen können, auf diese Thematik anzusprechen und sie zu kontaktieren. Wir stimmen der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Martin Waldis: Ich komme aus Vitznau, einer Seegemeinde, und weiss deshalb, wovon ich spreche. In Vitznau haben wir keine eigene Badeanstalt, aber Tausende von Personen, die überall im See baden. Obwohl diese Stellen nicht mit Bojen geschützt sind, ist noch nie etwas passiert. Einzig bei der Anlegestelle müssen die Kursschiffe vor ihrer Ankunft warnen. Es wäre deshalb dumm, jetzt etwas dagegen zu tun, da die meisten weiter hinausschwimmen. Gerade die Stand-Up-Paddler fahren weit hinaus und würden sich nicht nur im geschützten Bereich aufhalten. Wegen der Badenden müssen wir aber ein extremes Verkehrsaufkommen dulden, und jede Rabatte wird zu einem Parkplatz. Meine Kollegin aus Weggis kann das bestätigen, dort mussten Absperrungen angebracht werden, damit nicht überall parkiert wird. Ab und an hat die Polizei Kontrollen durchgeführt, aber bei dieser grossen Anzahl kann kaum mehr

gross Einfluss genommen werden. Wenn nun diese Plätze noch attraktiver gemacht werden, nimmt auch das Parkieren auf den Trottoirs oder sonst wo noch mehr zu. Ich bin für die Ablehnung des Postulats.

Korintha Bärtsch: Als aktive Ruderin nehme ich Tag für Tag wahr, wie der Dichtestress auf dem See zugenommen hat. Es sind immer mehr Stand-Up-Paddlerinnen und -Paddler unterwegs und viele Menschen mit Kanus, Freizeitbooten, Pedalos oder Motorbooten. Die Schwimmerinnen und Schwimmer gehören aber auch dazu. Sie verursachen immerhin keine Wellen, aber man sieht sie teilweise sehr schlecht. Wir rudern rückwärts, und deshalb ist es eine Herausforderung, immer alle Schwimmerinnen und Schwimmer erkennen zu können, gerade beim Richard-Wagner-Museum. Trotzdem wäre es falsch, für uns Ruderinnen und Ruderer oder für andere Boote Verkehrsflächen einzuschränken, damit die Badenden freie Bahn haben. Der See gehört allen, deshalb soll er auch allen zur Verfügung gestellt werden. Dabei muss klar sein, dass es um die gegenseitige Rücksichtnahme geht wie an anderen Orten auch. Wenn diese Bojen aufgestellt würden, würden sie die Boote kriminalisieren. Das ist genauso falsch, wie wenn man auf der Strasse kriminalisiert wird, wenn man 50 Meter vor einem Fussgängerstreifen die Strasse überquert und nicht den Fussgängerstreifen benutzt. Dies ist nicht im Sinn aller Verkehrsteilnehmenden und auf dem See nicht im Sinn aller Badenden oder sonstigen Freizeitsportlerinnen und -sportlern oder der Schifffahrt allgemein. Die Grüne Fraktion kann der teilweisen Erheblicherklärung jedoch zustimmen. Wir finden es richtig, dass das Thema auf den nächsten Sommer nochmals angegangen wird.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Das Grundanliegen des Postulats, die Sicherheit zu verbessern, ist berechtigt. Wir sind aber der Meinung, dass es keine zusätzlichen Massnahmen braucht. Es wurde verschiedentlich ausgeführt, dass die Standortgemeinden dafür zuständig sind. Die heutige Praxis hat sich bewährt, nämlich das Anordnen von Sperrungen auf Antrag der Gemeinden, die für die bestimmungsgemässe Nutzung der Ufergrundstücke verantwortlich sind. Daran wollen wir auch nichts ändern. David Affentranger hat das ebenfalls so ausgeführt. Unser einziges Anliegen ist, dass wir an diesem Vorgehen nicht grundsätzlich etwas ändern wollen, sondern wir einzig die Gemeinden mit einem Schreiben dafür sensibilisieren wollen. Mario Bucher meinte, dass das sehr aufwendig ist und einen grossen Aufwand auslöst. Das stimmt nicht, sondern es geht nur um ein Schreiben, um die Gemeinden über diese Thematik aufzuklären. Die Handhabung bleibt in der Kompetenz der Gemeinden, da sie am besten beurteilen können, ob sie Flächen sperren oder neue Markierungen vornehmen wollen. Ich bitte Sie, der teilweisen Erheblicherklärung zuzustimmen.

In einer ersten Abstimmung fällt das Resultat mit 52 zu 52 Stimmen unentschieden aus. Gemäss § 53 Absatz 1 des Kantonsratsgesetzes wird bei Stimmengleichheit die Abstimmung oder der Wahlgang wiederholt. In der wiederholten Abstimmung lehnt der Rat das Postulat mit 57 zu 48 Stimmen ab.